

Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sollen allen Menschen zugute kommen. Dass sie eine positive Wirkung auf den demokratischen Zusammenhalt haben, steht außer Zweifel. Aber werden sie auch tatsächlich demokratisch kontrolliert und gestaltet? Vorteile und Verbesserungsmöglichkeiten dazu werden hier grundsätzlich beleuchtet. **VON SYLVIA LEODOLTER***

Daseinsvorsorge und Demokratie



ZUSAMMENFASSUNG:

Öffentliche Dienstleistungen sind ein wesentlicher Teil des Sozialstaates. Nur durch öffentliches Eigentum ist demokratische Kontrolle und die gewünschte ausgleichende soziale Wirkung im Bereich der Daseinsvorsorge möglich. Um neoliberalen Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen glaubhaft und wirksam entgegenzutreten zu können, muss demokratische Kontrolle und Transparenz bei öffentlichen Dienstleistungen stärker gelebt werden.

*Mag.^a Sylvia Leodolter ist Ökonomin und Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien.

Öffentliche Dienstleistungen sind seit über 100 Jahren ein prägendes Element unserer Gesellschaft und unseres demokratischen Staatsverständnisses. Die Daseinsvorsorge orientiert sich an dem Grundgedanken, Leistungen in hoher Qualität flächendeckend allen Menschen sozial gerecht und diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen und für faire Arbeits- und Einkommensbedingungen der in diesem Sektor Beschäftigten zu sorgen. Dabei verfolgt die öffentliche Hand – Bund, Länder und Gemeinden – keine kurzfristigen Gewinninteressen, sondern strebt eine nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen für alle an und gewährleistet die Einhaltung hoher Standards der Sicherheit, des Gesundheits- und Umweltschutzes und unterstützt durch die Zurverfügungstellung von öffentlicher Infrastruktur auch die Unternehmen sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Der Staat ist bei der Leistungserbringung dem Gemeinwohl verpflichtet und verfolgt einen Versorgungsauftrag, der für private Unternehmen niemals Priorität besitzt, da sie auf Gewinninteressen ihrer Eigentümer Rücksicht nehmen müssen.

Was hat aber die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Wasserver- und -entsorgung, Verkehr, Telekommunikation, Post, Abfallentsorgung, soziale

Einrichtungen etc.) abgesehen von der Gemeinwohlorientierung mit Demokratie zu tun? Es gibt in diesen Bereichen höchst unterschiedliche Traditionen, Strukturen und Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und Erbringung von Dienstleistungen. Mit der Ausdehnung des Wettbewerbsgedankens vor allem durch die EU-Politik wird der Versuch unternommen, historisch gewachsene Strukturen aufzubrechen und ihnen ein einheitliches Regulierungsregime überzustülpen.

BEGEHRlichkeiten

Dadurch wird dem Staat bzw. den Kommunen die Wahlmöglichkeit genommen, selbst demokratisch legitimiert zu entscheiden, wie und in welcher Ausgestaltung öffentliche Dienstleistungen – im Rahmen der Verwaltung, durch eigene Betriebe oder durch Beauftragung – erbracht werden. Der Zwang zur wettbewerblichen Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen schränkt den Spielraum ein und zwingt die öffentliche Hand, sich vom Leistungserbringer zum bloßen Gewährleister zu verändern. Ihre Aufgabe besteht nur noch darin, die Einhaltung der Rahmenbedingungen zu überwachen.

Diese Vorstellung klingt in der Theorie verlockend, zumal sie in der Regel mit der mehr oder weniger ideologiegetriebenen Vorstellung verknüpft ist, dass



Die Post bringt allen was – Privatisierungen nur für ein paar private Anleger gesicherte Geschäfte.

private Unternehmen effizienter wirtschaften, so dass letztendlich die Leistung der Daseinsvorsorge für den Staat und damit für den Steuerzahler günstiger erbracht wird. Was dabei aber meist übersehen wird, ist die Tatsache, dass die erhofften Einsparungen einerseits durch den hohen bürokratischen Aufwand für Ausschreibung und laufende Kontrolle deutlich geringer ausfallen oder nur kurzfristig bestehen und andererseits in der Regel zulasten der Beschäftigten gehen, die dann vom Sozialsystem aufgefangen werden müssen. Beim Staat als Besteller geht zudem das spezifische Fachwissen, das auch für die Kontrolle und Vorgabe von Bedingungen nötig ist, verloren und muss – teuer - extern zugekauft werden. Demokratiepoltisch wesentlich dabei ist jedoch, dass die Definition der Leistungen und die laufende Kontrolle nicht mehr Verhandlungsgegenstand der gewählten Mandatäre sind, sondern Teil einer komplexen Vertragskonstruktion. Damit wird Demokratie

abgebaut, werden die unmittelbaren Kontrollmöglichkeiten von Regierung und Opposition eingeschränkt.

DEMOKRATIEABBAU

Die größere Gefahr für die Demokratie besteht allerdings darin, dass die zunehmende Erosion öffentlicher Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Die Daseinsvorsorge bildet einen wichtigen Teil des Sozialstaats und hat so einen unmittelbaren Bezug zum Demokratieprinzip des Staates. Die Verwirklichung einer rechtsstaatlichen Demokratie ist davon abhängig, dass sie auf einer stabilen gesellschaftlichen Grundlage beruht. Zerrissene Gesellschaften, die in Arm und Reich auseinander klaffen, können keine rechtsstaatliche Demokratie aufbauen und bewahren. Die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft ist auch innerhalb der EU konkret sichtbar: Wenn die Jugendarbeitslosigkeit 50%

TRANSPARENZ VERKEHRSBEIRÄTE

Ein konkreter Vorschlag zur Erhöhung der Transparenz und zur Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsdiensten besteht in der Einrichtung eines gesetzlich verankerten Qualitätsbeirats, wie ihn AK und Gewerkschaften gemeinsam fordern. Der Beirat soll einerseits die im Rahmen von Verkehrsdienstverträgen zwischen Bund, Ländern, Verkehrsverbänden, Kommunen und den Verkehrsunternehmen (sowohl bei öffentlichen wie auch bei privaten Unternehmen) vereinbarten Qualitäts- und Sozialkriterien laufend evaluieren und begleiten und andererseits Vorschläge zur Weiterentwicklung des Angebots machen. In diesem Beirat sollen die jeweiligen öffentlichen Auftraggeber, aber auch Arbeitnehmer- sowie Konsumenten- und UnternehmensvertreterInnen mitarbeiten.

„DÜRFEN UNTERNEHMEN, DIE AUS STEUERN UND ABGABEN DER BÜRGERINNEN AUFGEBAUT UND FINANZIERT WURDEN, VERÄUSSERT WERDEN?“

Daseinsvorsorge & Sozialstaat

Siegfried Broß zu „Daseinsvorsorge – Sozialstaat, Demokratie – Wettbewerb – Steuerungsfähigkeit von Staaten“ und Folgerungen für die öffentliche Wasserversorgung, unter: www.100-strom.de/files/Manuskript_Bross_Privatisierung.pdf

Verkehrsbestellungen

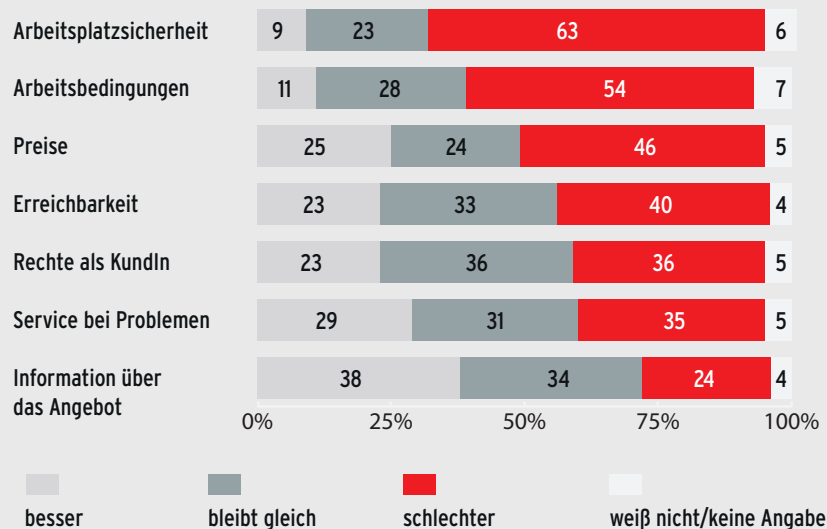
Mehr Transparenz im öffentlichen Verkehr bringt der Bericht der SCHIG über die Bestellungen des Bundes im Schienenpersonenverkehr: www.bmvit.gv.at/verkehr/nahverkehr/downloads/beilage_gwlbericht2011.pdf

DV und Demokratie

Das „Lunapark 21“-Sonderheft 2011 behandelt Aspekte des öffentlichen Auftrags zur Daseinsvorsorge (DV). www.lunapark21.net/bilder/lp21x04web.pdf



PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN ERWARTUNGEN DER ÖSTERREICHERINNEN



Den ÖsterreicherInnen ist der Wert öffentlicher Dienstleistungen deutlich bewusst. Bei Privatisierungen befürchten sie Arbeitsplatzverluste, Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen und Preissteigerungen. Auch bei den Konsumentenrechten setzen sie auf öffentliche Betriebe. Die Umfrageergebnisse zeigen aber auch, dass die Transparenz und das Informationsangebot im Bereich der Daseinsvorsorge noch verbessert werden sollte, denn hier werden von mehr als einem Drittel die privaten Anbieter positiver beurteilt.

nicht automatisch auch überall in gleichem Maß gewährleistet. Transparenz, demokratische Beteiligung an der Mitgestaltung und Kontrolle der Leistungen der Daseinsvorsorge hängen davon ab, ob und in welchem Umfang die öffentlichen Eigentümer oder Besteller (im Falle der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen durch private oder ausgegliederte Unternehmen im Auftrag der Gebietskörperschaften) dies vorsehen. Dabei ist nicht die Rechtsform oder das Eigentum allein entscheidend, denn auch innerhalb einer Rechtsform können die Kontrollmöglichkeiten sehr unterschiedlich ausfallen, die Bandbreite geht von partizipativ über bürokratisch und politisch geführten bis hin zu profitmaximierenden Unternehmen und Institutionen.

LEGITIMATION UND KONTROLLE

Wenn es darum geht, den Bereich der Daseinsvorsorge zu stärken und in öffentlichem Eigentum zu erhalten, dann ist es ein absolutes Muss, die demokratische Ausgestaltung und Legitimation der öffentlichen Dienstleistungen im Auge zu haben. Konkret bedeutet das eine systematische Berücksichtigung und Einbeziehung der EndkundInnen in die Gestaltung der Dienstleistungen, also eine konsequente Kundenorientierung, etwa über Fahrgastbeiräte oder KundInnenforen, Transparenz von Leistungsverträgen und Grundlagen der Tarif- und Gebührengestaltung (etwa durch ein Begutachtungsrecht der AK auch bei ausgegliederten Unternehmen), Einbeziehung und Partizipation der Öffentlichkeit in längerfristige Planungsvorhaben, transparente Systeme des Qualitätsmonitorings und eine systematische Berücksichtigung von strengen Sozialkriterien und Mitgestaltungsrechten für die Beschäftigten zur Sicherung der Arbeitsplätze und menschenwürdiger, fairer Arbeitsbedingungen. Nur so ist auch die Akzeptanz der Bevölkerung und letztlich der politische Rückhalt für die Sicherung der Daseinsvorsorge entgegen den neoliberalen Mainstream längerfristig denkbar. □

→ bis 60% beträgt wie in Griechenland und Spanien, insgesamt die Arbeitslosigkeit bedrückend hohe Ausmaße erreicht und ein zunehmender Teil der Menschen von Armut bedroht ist, sind auch demokratische Strukturen in Gefahr. Je schwieriger die Wirtschaftslage und die Budgetsituation, desto größer wird das Dilemma: Einerseits sind öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen dazu da, die Ungleichheit der Chancen zu beseitigen und allen den Zugang zur Grundversorgung sicherzustellen und damit eine stabile Gesellschaft zu erhalten, andererseits sehen sich die öffentlichen Eigentümer und Besteller gezwungen, ihre Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu verkaufen oder zumindest deren Angebot drastisch einzuschränken sowie Personal abzubauen und die Einkommens- und

Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Interessant ist auch die Frage, ob Unternehmen der Daseinsvorsorge, die mit den Steuern und Abgaben der BürgerInnen aufgebaut und finanziert worden sind, nicht auch im Eigentum der Bevölkerung stehen und daher ohne ausdrückliche Zustimmung nicht veräußert werden dürften. Auch wenn rein rechtlich ein Verkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge zulässig sein mag, ist dennoch zu bedenken, dass damit die demokratische Kontrolle und die Einflussmöglichkeiten mit veräußert werden.

Demokratische Legitimation und Kontrolle, ihr Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft, zur Verteilungsgerechtigkeit und zur Erhöhung der Chancengleichheit sind eindeutig unverzichtbare Vorteile von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen. Aber sie sind

Demokratische Kontrolle

Das „Thyssen-Projekt“ (2011-2014) analysiert bei kommunalen Unternehmen die formalen Zugangsmöglichkeiten für Gemeindevertreter, Qualität der Leistungen und Transparenz. Link: www.uni-potsdam.de/db/ls_regierungssystem_brd/index.php?article_id=542&clang=0

Rechnungshofkritik I

Der Rechnungshof kritisiert im Zusammenhang mit öffentlichen Ausgliederungen wiederholt, dass Richtlinien fehlen, „welche eine einheitliche, effiziente und transparente Aufgabenwahrnehmung“ gewährleisten.

Rechnungshofkritik II

Laut RH-Bericht 2010/2 lagen in Wien für die festgelegten Abwasser-, Wasser- und Müllgebühren keine schlüssigen Kostenkalkulationen vor. Er empfahl daher, die Valorisierung auszusetzen bis die Mängel behoben sind.